

Die Proporzgemeinde im Kriege.

Die Lebensmittelversorgung in Wiener-Neustadt.

Von Vizebürgermeister Anton Dienböck.

Wer erinnert sich nicht des Zetergeschreies der deutsch-bürgerlichen Presse, als trotz aller Minierarbeiten das vom niederösterreichischen Landtag beschlossene Proportionalwahlrecht für die Städte Wiener-Neustadt und Waidhofen an der Ybbs sanktioniert wurde! Wer erinnert sich nicht der düsteren Vorherjagungen über die Unhaltbarkeit und unbedingte Unfruchtbarkeit einer Gemeindevertretung, die, wie in Wiener-Neustadt, zu mehr als einem Viertel aus Sozialdemokraten bestand, aus Sozialdemokraten, die noch dazu so rücksichtslos waren, nicht nur darauf zu bestehen, daß der erste Bürgermeisterstellvertreter ihrer Vertretung entnommen werde, sondern diesen ihren Willen auch tatsächlich durchsetzten! So waren also die Sozialdemokraten im Präsidium und im Stadtrat vertreten. Der Leute waren damals nicht wenige, die auch nicht einen Heller für eine zweimonatige Lebensdauer dieser Gemeindevertretung gegeben hätten. Doch das Wunder geschah, die Schwarzleher behielten unrecht. In kurzer Zeit arbeitete der Gemeinderat, obwohl aus drei verschiedenen Parteien zusammengesetzt und ohne feste Mehrheit, mit einer Sachlichkeit, die selbst die verschriensten Optimisten niemals erwartet hätten. Freilich, reibungslos kann eine solche Maschine nicht arbeiten und das soll sie auch nicht. Aber was der Gemeinderat Wiener-Neustadt in der verhältnismäßig kurzen Zeit seines Bestandes auf Grund der proportionalen Zusammensetzung an sachlicher Arbeit geleistet hat, kann sich ohne Scheu sehen lassen.

Doch davon zu einer anderen, hoffentlich nicht mehr allzu fernen, ruhigeren Zeit.

Der Kriegsausbruch hat wie andere Orte so auch die Gemeinde Wiener-Neustadt gezwungen, eine große Fülle wirtschaftlicher Aufgaben zu lösen. Gleich im Frühjahr zu Beginn der sich überstürzenden Preisschwankungen wurde in einer Sitzung der vereinigten Sektionen von sozialdemokratischer Seite beantragt, mehrere Waggons Weizen, Kartoffeln und Kohlen zu ersteilen. Der Ankauf von Kartoffeln und Kohlen wurde beschlossen, leider nicht auch der Ankauf von Weizen. Die Vertreter der Gewerbetreibenden verneinten damals, was Wunder für die von ihnen vertretenen Müller, Bäcker und Kaufleute geleistet zu haben, indem sie das Begehren nach Weizenbeschaffung niederschlachten. Denn die Vertreter der Müller und Bäcker hatten dem Bürgermeister erklärt, daß keine Gefahr sei und genügend Vorräte eingelagert seien, um allen Ansprüchen nachzukommen. Es blieb also vorläufig beim Ankauf von Kohlen und Kartoffeln. Die Kohlen, 248 Waggons Schwarzkohle und 27 Waggons Braunkohle, wurden vom städtischen Gaswerk in kleinen Partien zu 3 Kronen 90 Heller für 100 Kilogramm für Schwarzkohle und zu 2 Kronen 80 Heller für 100 Kilogramm für Braunkohle verkauft, die Kartoffeln, mehr als 30 Waggons,

in eigenen Lokalen in der Stadt in vorgeschriebenen Höchstmengen abgegeben. Somit war für einen etwa zu erwartenden strengen Winter vorgesorgt und im übrigen wurde von der Regierung erwartet, daß sie mit raschem Entschluß und kräftiger Hand die Regelung der Nahrungsmittelversorgung in die Wege leiten werde. Aber nichts dergleichen geschah. Die Preise aller Lebensmittel stiegen unaufhaltsam und bald machte sich auch an verschiedenen Lebensmitteln ein empfindlicher Mangel fühlbar. Dies war um so bedenklicher, als die Stadt, die vor dem Kriege rund 34.000 Einwohner einschließlich Militär gezählt hatte, mit amerikanischer Geschwindigkeit auf etwa 50.000 anwuchs, eine Folge der vielen für den Kriegsbedarf arbeitenden Industrien, die in der Stadt und in nächster Nähe ihren Sitz haben.

Dieses sprunghafte Anwachsen der Bevölkerungszahl hatte zur Folge, daß die vielen vor dem Kriege leeren Wohnungen nicht nur sofort überfüllt wurden, sondern auch eine sehr fühlbare Wohnungsnot eintrat. Außerdem mußten diese Umstände sehr rasch eine besondere Knappheit an Lebensmittelvorräten zeitigen. Am 25. Oktober 1914 trat eine außerordentliche Gemeinderatssitzung zusammen, in der über die einzuschlagenden Maßnahmen beraten und schließlich an die Regierung die Forderung um rascheste Erlassung von Höchstpreisen gestellt wurde. Die Resolution wurde von den drei Bürgermeistern dem Kriegsminister und zugleich auch dem Ackerbau- und dem Handelsminister überreicht und die Schwierigkeit der Lage allen dreien eindringlich dargelegt. Von einem praktischen Nutzen dieser Konferenzen kann leider nicht berichtet werden.

So kam es bald, wie es kommen mußte. Zu einer Zeit, wo noch zu helfen gewesen wäre, traf die Regierung weder für die Allgemeinheit noch für unsere mehr als andere bedrohte Stadt Vorkehrungen. Die Vorräte, insbesondere an Mehl, waren ausgezehrt und die Hoffnung der Müller, ihre Vorräte jederzeit aus Ungarn ergänzen zu können, erfüllte sich nicht, denn die Beschlagnahme der Waren setzte auch bald in Ungarn ein. Natürlich saßen jetzt auch die Bäcker auf dem trockenen und ließen die Dinge ratlos an sich herankommen. Jetzt war der Augenblick gekommen, wo auch den unentwegtesten Gewerbetreibern zum Bewußtsein gebracht werden konnte, daß sie ihre eigenen Leute schädigen, wenn nicht die Gemeinde selbst sich als eine Art Großeinlaufs-gesellschaft einrichtet und den Einkauf besorgt.

Diesem Ziele nahe zu kommen, stellten die Sozialdemokraten in der Gemeinderatssitzung vom 16. Februar einen Dringlichkeitsantrag, der von bürgerlichen Vertretern mitgefertigt und einstimmig angenommen wurde. In ihm wurden folgende Maßnahmen verlangt: der Ankauf von Schweinen direkt am Herkunftsort und deren Verkauf zu den Gesteuerungskosten; die Errichtung einer kommunalen Meierei im städtischen Föhrenwald, verbunden mit einer Geflügelzucht; Ausgestaltung des Detailmarktes am städtischen Schlachthof, so daß nicht nur an Wochenmarkttagen, sondern an allen Wochentagen Fleisch in Mengen von einem halben Kilo aufwärts zum Verkauf gelangt und auch auswärtige Fleischhauer und Selcher unter bestimmten Bedingungen zugelassen werden; endlich die Förderung der Verwertung der Küchenabfälle zur Schweinemast.

Die zugleich beschlossene Absendung einer Abordnung an den Kriegsminister unterblieb, da inzwischen die Aufnahme der Mehl- und Getreidevorräte angeordnet worden war. Am 2. März erstattete ich namens des Stadtrates Bericht und beantragte die Wahl eines Approversions-ausschusses, dessen Aufgabe sein sollte, mit Raschheit und Tatkraft alle Angelegenheiten der Lebensmittelversorgung zu beraten und zur Durchführung zu bringen. Aufgabe dieses Ausschusses sei es auch, die Marktverhältnisse in Wiener-Neustadt einer entsprechenden Lösung zuzuführen. In den Ausschuss wurden nach dem Proporz von den Sozialdemokraten als Mitglieder Stadtrat Palka und Gemeinderat Mairinger gewählt, als Ersatz Schuchaschitz, von den Deutschnationalen vier Mitglieder und zwei Ersatzmänner, von den Christlichsozialen zwei Mitglieder und ein Ersatzmann. Dieser Ausschuss, der sich unter Vorsitz des Bürgermeisters konstituierte und unseren Genossen Stadtrat Palka zum ersten Stellvertreter wählte, machte sich sofort an die Arbeit. Ein engeres Comité waltet als Einkaufscomité fast täglich seines Amtes und unter der sachkundigen, sehr eifrigen Mithilfe des Oberverwalters des städtischen Schlachthofes hat unsere städtische Großeinkaufsstelle bereits mehr als eine Million Kronen, das ist nicht weniger als die Summe des Jahresbudgets der Gemeinde, in Waren umgesetzt. So wurden bis Ende April von der Gemeinde angekauft:

In Waggons: gelber Mais 7, weißer Mais 3, Gerstentmehl 22, Gerstentkleie 6-6, Roggenmehl 20, Roggenkleie 42, Hafer 16-5, Bohnen (weiße) 10, Bohnen (schwarze) 1, Futtermehl 7, Reis 2, Bruchreis 1, Graupen 1, Kartoffeln 65, Erbsen 1, Olivenpeisöl 1-5, Trockenmilch 1, Schmalz 1-5, Pflanzenpeisöl 2, Melassefutter 2, Pferdezwieback 2; ferner an Kilogramm: Weizen-Müllermehl 2600, Weizen-Rothmehl 2600, Weizen-Brötmehl 7500, Speis 12.500. Außerdem wurden angekauft vorläufig etwa 100 Stück Lebensschweine, die in den Stallungen des Schlachthofes untergebracht sind.

Alle die vorangeführten Waren wurden und werden an die gewerblichen Wiederverkäufer und den Konsumverein abgegeben. Die Stadtgemeinde rechnet nur ihre Selbstkosten und schreibt den Wiederverkäufern für die einzelnen Artikel Höchstpreise vor, die derart gehalten sind, daß die Geschäftsleute wohl ihr Auskommen finden, die Verbraucher aber vor jeder Uebervorteilung geschützt sind. Geschäfte, die bei der Stadtgemeinde einkaufen, müssen in ihren Verkaufsräumen eine Tafel mit der Aufschrift Verkaufsstelle des städtischen Lebensmittelamtes, allen Kunden sichtbar, aufhängen. In solchen Geschäften dürfen die durch das städtische Lebensmittelamt festgesetzten Höchstpreise auf keinen Fall überschritten werden. Kaufleute, die diese Vorschrift außer acht lassen, verlieren das Anrecht, im städtischen Lebensmittelamt weiterhin Waren zu beziehen. Der Ankauf durch Kaufleute erfolgt in der Verkaufsstelle des städtischen Lebensmittelamtes im Rathaus an allen Wochentagen vormittag gegen Vorausbezahlung. Dort sind auch Muster zur Befichtigung ausgestellt. Die Waren selbst werden in städtischen Magazinen an jedem Wochentag nachmittag ausgegeben. Die Waren, die aus dem städtischen Lebensmittelamt stammen, dürfen von Kaufleuten nur an solche Personen ausgegeben werden, die sich durch Vorzeigung einer besonderen Aus-